

12. Mai 2010

Leihfahrräder als globaler Trend? „Volorution“ in Paris, Modellversuch in Deutschland

Dipl.-Volksw. Tilman Bracher, Doris Reichel, M.A., Difu, Berlin

Der Boom einer neuen Generation öffentlicher Fahrradverleihsysteme, die sich durch moderne Technik, hohe Verfügbarkeit und einfache Bedienung auszeichnen, ist unübersehbar: Mehr als 100 Großstädte, darunter Paris, Barcelona, Wien und Hamburg haben ihr öffentliches Verkehrssystem ergänzt. In Deutschland fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in einer Reihe von Städten den Modellversuch „Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme“. Damit soll die Verknüpfung zwischen Fahrrad und öffentlichem Verkehr unterstützt werden. Der Wechsel vom Pkw zum öffentlichen Verkehr und Radverkehr soll durch die Präsenz des Fahrrads im alltäglichen Lebensraum attraktiver gemacht werden.

Im Difu-Dialog soll es darum gehen, wie sich Städte und die Mobilität von Bürgern und Touristen durch das neue Verkehrsangebot verändern, welchen Nutzen Kommunen aus dem neuen Verkehrsangebot ziehen können, welche organisatorischen, betrieblichen und technischen Innovationen damit einhergehen und wie die Finanzierung gesichert werden kann.

Ort

Die Veranstaltungen finden 2009 im Berliner Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112 in 10623 Berlin statt; ab 2010 am neuen Difu-Standort, Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin.

Standortinfo: www.difu.de/presse/091013.shtml

Zeit

Start: jeweils um 17 Uhr.

ÖPNV

2009: S-Bahn: Tiergarten

ab 2010: U-Bahn Kochstraße oder Stadtmitte; Busse: M 29, M 48; S-Bahn: Anhalter Bhf., Potsdamer Platz

Weitere Informationen

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu),

Telefon: 030/39001-208/209

Telefax: 030/39001-130

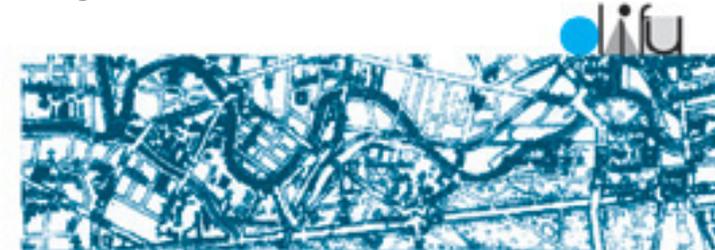
E-Mail: presse@difu.de

Internet: <http://www.difu.de>



Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

Programm 2009/2010



Das Deutsche Institut für Urbanistik veranstaltet jährlich im „Wintersemester“ eine offene Vortrags- und Dialogreihe, die sich der „Zukunft der Städte“ – jeweils anhand verschiedener Themen – widmet. Dabei werden neue Erkenntnisse zur Debatte gestellt und diskutiert. Je nach Thema setzt sich dieser – überwiegend aus dem Raum Berlin-Brandenburg kommende – Kreis fachkundiger Teilnehmer aus Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen und anderen öffentlichen und privaten Einrichtungen unterschiedlich zusammen. Der erste Teil der Veranstaltung dient der Präsentation des jeweiligen Themas, der zweite der offenen Diskussion. Anschließend besteht die Möglichkeit, das Gespräch am Stehtisch fortzusetzen. Der Dialog im November findet noch am bisherigen Difu-Standort statt, die Dialoge ab 2010 am neuen Difu-Standort (siehe Rückseite des Flyers).

9. November 2009

Stadtbaustein Lebensmittelmarkt – vom „Discount-Städtebau“ zur städtebaulichen Gestalt

Dr. Angela Uttke, Difu, Berlin

Supermärkte und Lebensmitteldiscounter haben wie kaum eine andere Betriebsform des Einzelhandels die deutsche Stadtlandschaft in den letzten Jahrzehnten geprägt. Im harten Wettbewerb des Einzelhandels positionieren sie sich derzeit neu: Kleine Märkte in zentralen Lagen werden durch standardisierte Marktbauten ersetzt – oft an autoorientierten Standorten. Als Orte des alltäglichen Einkaufs und als Anker für weitere Angebote haben diese Märkte jedoch eine große Bedeutung für Ortszentren und Quartiere. Wie kann es gelingen, die Marktbauten mit ihren peripheren Standortanforderungen in die meist kleinteiligen, dichten Stadtstrukturen qualitativ zu integrieren? Im Difu-Dialog wird eine neue Untersuchung vorgestellt, in der die Rahmenbedingungen und Faktoren untersucht wurden, wie eine städtebauliche und architektonische Integration von Lebensmittelmärkten in zentralen Lagen erreicht werden kann und welche konkreten Gestaltanforderungen ausgehandelt werden müssen.

10. Februar 2010

Frühe Hilfen als gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitssystem

Dipl.-Soz. Detlef Landua, Dipl.-Soz. Maja Arlt, Difu, Berlin

Um Säuglinge und Kleinkinder besser als bisher vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen, ist es wichtig, Risiken und Gefährdungen möglichst frühzeitig zu erkennen und bereits in frühen Lebensphasen Hilfen zu bieten, um Fehlentwicklungen oder Schädigungen vorzubeugen. Entscheidend für die Qualitätsentwicklung von Frühen Hilfen sind aufeinander gut abgestimmte Maßnahmen im Rahmen regionaler Hilfenetze. In diesem Zusammenhang kommt den kommunalen Steuerungsbehörden wie Jugend- und Gesundheitsämtern eine große Bedeutung zu. Bislang liegen jedoch nur wenige Informationen über bereits vorhandene und bewährte Kooperationsformen von Gesundheitswesen und Jugendhilfe vor. Im Juni 2008 startete deshalb das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) das Projekt „Bundesweite Bestandsaufnahme zu Kooperationsformen im Bereich Früher Hilfen“. Ziel war, über eine bundesweite Befragung aller Jugend- und Gesundheitsämter Ziel/Ausrichtung, Umfang, Struktur und Qualität der Kooperationen bzw. der lokalen Vernetzung im Bereich Früher Hilfen aus der Perspektive kommunaler Steuerungsbehörden zu erfassen. Im Rahmen des Difu-Dialogs sollen die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie vorgestellt und diskutiert werden.

10. März 2010

ServiceStadt Berlin 2016: Ausgestaltung von Leistungs- und Serviceangeboten unter sich verändernden Rahmenbedingungen

Dr. rer. pol. Busso Grabow, Dipl.-Volksw. Rüdiger Knipp, Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider, Difu, Berlin

Städte und Gemeinden müssen verstärkt auf den demographischen, technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel sowie auf die teilweise dramatische Veränderung der finanziellen Rahmenbedingungen reagieren. Dies betrifft nicht zuletzt auch die für Bürger und Wirtschaft erbrachten Dienstleistungen, die an künftige Anforderungen angepasst sein müssen. Am Beispiel der „Service-

Stadt Berlin 2016“ wird ein neuer Weg aufgezeigt: Die Modernisierungserfordernisse werden nicht wie bisher nach Politikfeldern oder Verwaltungsbereichen unterschieden. Über eine Identifizierung von wenigen Servicetypen soll man zu grundsätzlichen Aussagen kommen. Hierbei werden Handlungsfelder angesprochen, die mit „Partizipative Stadt“, „Strategisches E-Government“, „One-Stop-City“, „Lebenswelten als Handlungsmaßstab“, „Aufsuchende Stadt“, „Weltoffenheit als Programm“, „Demografischer Wandel als Chance“ oder „Personal- und Arbeitgeberentwicklung“ überschrieben sind.

14. April 2010

Nationale Stadtentwicklungspolitik

Dr. Ulrich Hatzfeld, Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft hat die Bundesregierung 2007 mit der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ einen Prozess zur integrierten Stadtentwicklungspolitik in Europa angestoßen. Die in der Charta verfassten Grundsätze und Strategien zur nachhaltigen europäischen Stadt sollen in nationale, regionale und lokale Entwicklungspolitiken integriert werden. Um die Governance-Strukturen für die Umsetzung der Charta auf allen Ebenen zu unterstützen, wurde in Deutschland gemeinsam mit den Ländern und den Kommunalen Spitzenverbänden die Plattform der Nationalen Stadtentwicklungspolitik initiiert. In sechs Handlungsbereichen bringen sich Verantwortliche aus Politik, Verwaltung, planenden Berufen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik fördert ziviles Engagement, sie beteiligt sich an der Weiterentwicklung des Programms der Sozialen Stadt und stärkt Städte und Gemeinden in ihrer Rolle als Wohn- und Arbeitsort. In der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird die aktuelle Diskussion über Energieeffizienz und erneuerbare Energien aufgenommen. Sie stellt gutes Bauen sowie Strategien und Handlungsfelder zur Baukultur in den Mittelpunkt von Projekten und Maßnahmen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik unterstützt Projekte und Maßnahmen, die regionale Partnerschaften in der Stadtentwicklung begründen sowie neue und praxisorientierte Formen der Kooperation einüben.